

13. NOV. 15.



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Zeitspaltzeile 50 Pfennig, Werbes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postausfälle nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Verzeichnisse.

Carl Legien zum 25jährigen Jubiläum.

Der kluge Mann greift nicht nach dem Fernen,
Um Nahes zu finden.
Und seine Hand greift nicht nach den Sternen,
Um Licht anzulinden.
Friedrich Bodenstedt.

In eine schwere und schmerzbelegte Zeit fällt das Jubiläum der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Wie sehr uns auch der Krieg mit seinen Folgeerscheinungen beschäftigt und wie wenig wir auch geneigt sind, Feste zu feiern, so können wir doch den Tag nicht ohne besonderes Gedenden vorübergehen lassen, dessen Gründungs-werk von so hoher Bedeutung für die Arbeiterschaft Deutschlands geworden ist.

Wie können es wohl heute um unsere Arbeiterfamilien ohne das starke feste Band der gewerkschaftlichen Organisation? — Nur diese Frage braucht zur Stunde gestellt zu werden, und Tausende der allerwichtigsten Ereignisse treten in den Kreis unserer Erinnerung.

Auf den Ehrenplatz, den sich die Generalkommission im Laufe von 25 Jahren erwirkt hat, gehört als Erster ihr Vorsitzender Carl Legien.

Unmöglich ist es, die Bedeutung der geleisteten Arbeit in einem Artikel würdigen zu können, denn gar mannigfaltig waren die gestellten Aufgaben, die sich aneinander reiheten. Wie aber auch diese Aufgaben heißen mochten, sie wurden, wenn einmal als notwendig erkannt, durchgeführt, und gar manche ist mit zäher Ausdauer durchgekämpft worden.

Die Gründung der Generalkommission wurde mit dem besten Willen, sie zu stützen, und in der Erkenntnis, daß ein einheitliches Band notwendig sei, in der Tagung am 16. und 17. November 1890 in Berlin beschlossen.

Die Zahl der Verbände war nur klein, die in der eigenen schweren Anfangsarbeit es regelmäßig durchführen konnten, den 1 Pfennig, der pro Mitgliedschaft gezahlt werden sollte, abzuliefern. Dieser Beitrag aber sollte das Betriebskapital werden, denn die Generalkommission hatte die sehr wichtigen und kostspieligen Aufgaben zugeteilt erhalten:

1. Förderung der Agitation;
 2. Unterstützung bei Abwehrstreiks;
- beides Dinge, die nur mit Geld und gutem Geschick durchgeführt werden konnten.

Wie ein richtiges Proletarietkind, das nun davor gestellt wird, sein Schicksal sich zu zimmern, so stand die neu gegründete Generalkommission mit großen Aufgaben und leeren Händen vor ihrer Arbeit; aber die Herzen derer, die diese Arbeit und Verantwortung übernommen hatten, waren erfüllt von der Größe des gesteckten Zieles, denn sie erstrebten:

Ab schwächung der schlimmen Folgen,
die große Arbeitslosigkeit mit sich

bringt, durch Arbeitszeit-Verkürzung;
verbesserte Lebenshaltung der Arbeiterfamilien durch große starke Organisationen, die nur allein die Lohnverhältnisse günstiger gestalten konnten.

schienen zu wachsen mit den sich aufstürmenden Schwierigkeiten.

Alle, die erste Arbeit verrichten wollten, wurden herangerufen. Carl Legien war unermüdet im Heranziehen tüchtiger Männer und Frauen zur Förderung der gemeinsamen Arbeit.

Wenn jemals das Wort des Altmeisters Goethe zutreffend war, so hier, wenn er sagte:

„Daß sich das große Werk vollende,
Genügt ein Geist, für tausend Hände!“

Ja, Tausende von Händen rührten sich freudig, willig und unermüdet, denn unerhört waren die neu herandrängenden Pflichten, aber der Erfolg der Arbeit, das war der schöne Lohn.

Nur ein paar Zahlen vom Arbeitsbeginn der Generalkommission und den Erfolgen nach all den arbeitsreichen Jahren zeigen uns, was erreicht wurde.

In Halberstadt ist bei der Tagung des 1. Gewerkschaftskongresses im März 1892 festgestellt worden, daß 208 Delegierte anwesend waren, die 303 519 Arbeiter für Deutschland vertraten. Bei Kriegsausbruch zählten die festgelegten Zentralverbände, die der Generalkommission angeschlossen sind, 2 548 000 Mitglieder. In Halberstadt waren es kaum ein halbes Duzend Verbände, die Arbeitslosenunterstützung zahlten; heute zahlen fast alle Verbände diese Unterstützung, und sie brachten im Kriegsjahr für diesen Zweck die prachtvolle Summe von 21 578 506 Mk. auf, und zusammen mit der Unterstützung an die Kriegsfamilien und für besondere Notfälle wurde die Summe von 36 724 161 Mk. erreicht!

Diese Hilfe durch eigene Kraft macht uns stolz und glücklich, und wir erkennen aus der Vergangenheit, daß die Generalkommission nicht später gegründet werden durfte und daß Legien der richtige Vertreter für diese große Arbeitsgemeinschaft ist.

Und was wir Frauen als Arbeiterinnen Carl Legien verdanken, das ist ein großes Kapitel für sich, das später einmal geschrieben werden wird. Heute nur wollen wir dankbaren Herzens anerkennen, daß Carl Legien die ernsthaft mitarbeitende Frau als Mensch, als Kameraden behandelt. Der Kreis der Männer, die so wie Carl Legien die wichtige Mitarbeit der Frauen zu bewerten wissen, ist noch nicht sehr groß, aber er ist im steten Wachsen begriffen, denn die Arbeiterinnenfrage wird mehr als bisher nach dem Kräfte eine Lebensfrage für die Arbeiterbewegung werden.

Carl Legien hat unermüdet gearbeitet, viele, viele Jahre, und wenn er heute am Jubiläumstage Rückblick hält. Dann steht er um sich eine ganze Schar prächtiger Menschen, die das vor 25 Jahren begonnene Werk mit ihm gemeinsam fortsetzen.

Was ist alles geschaffen worden! Von dem vorzüglich redigierten „Correspondenzblatt“ der G.-K.



angefangen, bis zu all den Zweigen und Zweiglein, die sich im vielverzweigten Kassenwesen, der statistischen Abteilung, im Zentral-Arbeitersekretariat, im Arbeiterinnensekretariat, der sozialpolitischen Abteilung und anderen Abteilungen, dem großen Ganzen anfügen, ist nur Erfolg und wieder Erfolg einer nimmer rastenden Arbeit zu erkennen.

Die Arbeiterschaft Deutschlands sieht mit berechtigtem Stolz auf dieses schöne Werk, als dessen Leiter Carl Legien an erster Stelle steht.

In Anerkennung der geleisteten Arbeit haben wir Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen der Buch- und Steindruckereien Deutschlands unsere Hochachtung und Würdigung in folgender Widmung zusammengefaßt:

Widmung an Carl Legien.

Unsere Widmung zu Deinem 25 jährigem Jubiläum soll kurz zusammengefaßt Dir unsere Wünsche für die Zukunft und unsere Anerkennung für Deine treue Arbeit in schlichten Worten verkünden.

Die gesamte Arbeiterbewegung und ganz besonders die gewerkschaftliche Frauenbewegung als ein wesentlicher Teil davon, dankt Dir viel, sehr viel. Anreger und Verfechter vieler großer und wichtiger Fragen bist Du stets gewesen. Bei Beratungen über Lebensfragen der Gewerkschaften wurde Dein Rat gern gehört.

Manchmal mißverstanden, oft heftig bekämpft, bist Du den Weg gegangen, der nach innerster Ueberzeugung Dir als der rechte galt.

In unermüdblicher Arbeit und unter treuer Mitarbeit vieler tapferer Männer und Frauen ist es Dir vergönnt, den Aufstieg und die prachtvolle Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung mit erleben zu können! Dein Lebenswerk ist reich gesegnet mit Erfolgen, wie sie nur wenig Auserwählte zu verzeichnen haben.

In dem Kampf über die Grundform der Gewerkschaften, ob Lokal- oder Zentralorganisation, ob gegen oder für Tariffgemeinschaften, in den Fragen Generalstreik und die Gewerkschaften, und vielen, vielen anderen, ebenso wichtigen Fragen standest Du als erster und treuer Berater auf Deinem Platz.

Grundheilig im Herzen, ganz Arbeiter und Proletarier im Fühlen und Verstehen, all des Unrechtes, der Sorgen und Mühen, die die Arbeiterschaft seit undenklicher Zeit erdulden mußte, hast Du, als aus dem Arbeiterstand hervorgegangen, schon vor 25 Jahren klar den Weg gezeigt, der zum Aufstieg und zur endlichen Befreiung der Arbeiterklasse führen muß, und hast zur Ebenung des Weges Dein redlich Teil dazu getan.

Der engste Zusammenschluß aller Kräfte mit dem Streben nach einem Ziel, das war Dein Wille und Dein Streben.

Aus ganzem Herzen wünschen wir unserem Carl Legien noch viele Jahre wirksamer Schaffenskraft für das Wohl der Arbeiterbewegung.

In schwerer Prüfungszeit für das Deutsche Volk fällt dieses Jubiläum; aber wenn auch Schatten und tiefer Schmerz über den Verlust vieler Tausender guter und prächtiger Arbeitsbrüder im Kriege eine echte Freude nicht aufkommen lassen will, so hat doch diese schwere Zeit gelehrt, wie fest der Baum Wurzel geschlagen hat, den Du hast pflanzen helfen und den Du treu und gut gepflegt und gehütet hast.

Der Leiter einer so großen, vielverzweigten und im innerem Wesen doch eng vereinten Sache ist, der muß ein Streiter sein, der fest und sicher ein Ziel im Herzen seinen Weg geht.

Wir wünschen, daß Du auch in Zukunft mit altem Kampfesmut und treuer Hand die gemeinsame schöne und große Sache leitest und führst und rufen Dir zu:

„Bleibe wie Du warst, dann bist und bleibst Du Kopf und Herz der großen gemeinsamen Arbeiterbewegung, die Dir so viel zu danken hat.“

Paula Thiede.

Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.

In nicht weniger als fünf Tagungen ist kürzlich zur Frage der Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft Stellung genommen worden. Zunächst wurde im Preussischen Abgeordnetenhaus eine Gesellschaft für Bevölkerungspolitik gegründet, dann hielt die Zentrale für Volkswohlfahrt eine

mehrere Tage umfassende Versammlung im Reichstagsgebäude ab und außerdem beschäftigte sich damit der Bund für Mutterschutz und der Bund Deutscher Frauenvereine. Die von dieser Organisation veranstaltete Versammlung wollte den Standpunkt der Frauen zur Sache zum Ausdruck bringen, weil auf den beiden erstgenannten Veranstaltungen fast ausschließlich Männer ihre Ansicht geäußert hatten.

Auf den ersten Blick erscheint eine Stellungnahme zu einer Frage von so vielen Seiten etwas reichlich zu sein. Das große Interesse erklärt sich nur aus den gegenwärtigen Zuständen, durch die ungeheuer viel gesunde Volkskraft auf den Schlachtfeldern vernichtet und durch die wirtschaftliche Lage breiter Massen infolge vieler Umstände, nicht zuletzt durch die große Leertung und dem Mangel an wichtigen Nahrungsmitteln, stark geschwächt wird. Das alles läßt ein Zurückgehen der Bevölkerungsziffer in den nächsten Jahren erwarten. Es ist daher verständlich, daß versucht wird, dies durch Gegenmaßnahmen zu verhindern oder doch aufzuhalten. Zweifellos mügen die in den Versammlungen gemachten Vorschläge zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft beitragen, wenn es gelingt, die Vorschläge praktisch durchzuführen. Gefordert wurde u. a. Ausdehnung des industriellen Arbeiterschutzes für männliche Personen bis zum 18. Lebensjahre, Erweiterung des Arbeiterinnenschutzes, Erhöhung der Gehälter für Beamte und Angestellte, Allgemeine Mutterschaftsvericherung, Ausdehnung und Verbesserung der Kinderfürsorge, verbesserte Schulhygiene, Gesundheitsfürsorge der schulentlassenen Jugend, bessere Vorbereitung der Frauen auf Beruf und Mutterschaft, Wohnungshygiene und Verbesserung der Wohnungsverhältnisse für die große Masse der Arbeiter.

Das sind alle Forderungen, die die Arbeiterorganisationen seit Jahren erheben und deren Durchführung vielfach verhindert worden ist durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien. Noch bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung wurden die Arbeitervertreter im Reichstage im Stich gelassen mit ihrem Verlangen auf Ausdehnung der Wochenhilfe, weil der Vertreter der Regierung erklärt hatte, daß an dieser Frage das ganze Gesetz eventuell scheitern könnte. Ähnlich ist es ihnen auch mit allen andern Forderungen ergangen.

Ein besserer Mutterschutz könnte die Säuglingssterblichkeit erheblich einschränken, namentlich wenn er ergänzt würde durch geeignete Kinderfürsorge und durchgreifenden Arbeiterschutz. In den letzten Jahren starben in Deutschland durchschnittlich 300 000 Säuglinge im Alter bis zu einem Jahre. Ein erheblicher Prozentsatz dieser Kinder wäre sicher am Leben geblieben, wenn den Müttern während der Zeit der Schwangerschaft, bei der Entbindung und im Wochenbett und den Kindern nach der Geburt geeigneter Schutz und ausreichende Ernährung und Pflege hätte gegeben werden können. Die Zahl der Leben, die erhalten bleiben könnten, werden auf jährlich 200 000 geschätzt. Viele geben zu Grunde, weil schwangere Frauen bis auf die letzte Minute schwer arbeiten müssen, sich dabei nicht einmal ausreichend ernähren können, denn sie wollen und müssen ja in der Zeit der Schwangerschaft Vorzüge treffen für die Wochen der Arbeitslosigkeit, die das Wochenbett zur Folge hat und die Kosten der Entbindung. Wohl leisten die Krankenkassen in dieser Zeit Unterstützung, die aber unzureichend ist und nicht einmal allen Krankenkassenmitgliedern zugute kommt. Nach der Entbindung aber müssen Frauen sobald wie möglich wieder zur Erwerbsarbeit greifen ohne Rücksicht auf die Vorschriften der Gewerbeordnung, die eine Beschäftigung von Arbeiterinnen vor dem Ablauf von sechs Wochen nach der Niederkunft verbieten. Wenn Erlangung von Beschäftigung außerhalb des Hauses aus diesem Grunde nicht möglich ist, suchen die Frauen andre Arbeit, nur um Verdienst zu haben, weil sie sonst nicht leben können. Auf diese Weise schädigen sich viele Frauen und machen sich unfähig, weiter gesunde Kinder zur Welt bringen zu können. Sie gefährden aber auch das Leben der Kinder, die besonders in der ersten Zeit nach der Geburt sorgfältige Pflege brauchen. Durch geeignete Fürsorge für die werdende und die junge Mutter könnte deshalb viel für die Gesamtheit erreicht werden. Dafür liegen zahlreiche Beweise vor. So wurde z. B. von einem Redner in der von der Zentrale für Volkswohlfahrt arrangierten Versammlung festgestellt, daß vom November 1914

ab die Säuglingssterblichkeit so gering war, wie nie zuvor. Zurückzuführen ist dies erfreuliche Resultat auf die Wirkungen der Kriegswochenhilfe durch das Reich, die den Müttern durch Beihilfen von 1 Mark pro Tag auf die Dauer von 8 Wochen nach der Entbindung und außerdem 50 Pf. pro Tag auf die Dauer von 12 Wochen, wenn sie das Neugeborene selbst stillen, hierzu die Möglichkeit in größerem Maße geben, als sonst der Fall war.

Ausbau des Arbeiterschutzes im Sinne der von der Arbeiterschaft stets erhobenen Forderungen könnte also ganz erheblich zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft beitragen. Er ist deshalb für diese Frage so wichtig, weil die arbeitende Bevölkerung reichlich drei Viertel der Gesamtbevölkerung ausmacht. Daher müssen die Gesundheitsverhältnisse und die wirtschaftliche Lage dieser Bevölkerungsschicht von ganz bedeutendem Einfluß sein.

Insofern ist wohl die in der Versammlung der Frauenvereine zum Ausdruck gebrachte Ansicht nicht ganz zutreffend, daß in der Versammlung im Reichstage ein Ueberschägen der äußeren Mittel zu Tage getreten ist. Die Rednerin legte größeres Gewicht darauf, in den Frauen mehr den Willen zur Mutterschaft und die Freude am Wachsen und Werden des neuen Menschen zu wecken.

Zweifellos sind dies sehr wichtige Momente. Wo aber kann in der Arbeiterschaft der Wille zur Mutterschaft — auch der Wille zur Vaterschaft, der dazu gehört — geweckt werden, wenn sie für die Frauen dieser Bevölkerungsschicht größere Lasten und neue Sorgen bedeutet. Wie kann sich eine Frau, die ihr Kind fremden Leuten ohne Garantie für liebevolle und richtige Pflege anvertrauen muß, weil ihr keine Zeit dafür übrig bleibt, ungetrückt am Werden und Wachsen des Kindes freuen. Auch in der Arbeiterschaft ist der Wille zur Mutterschaft vorhanden und noch viel stärker die Freude an der Entwicklung der Kinder, wenn sie einmal da sind. Zu verstehen ist aber, daß auch in der Arbeiterklasse mehr und mehr das Zweikindbesitzen zur Geltung kommt. Der Grund dafür ist in den wirtschaftlichen Verhältnissen und in der Wohnungsnot zu suchen. Also nicht etwa Bequemlichkeit und Vergnügungssucht, sondern gerade Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber den Kindern veranlaßt viele Arbeiterfamilien, auf starken Kindersegen zu verzichten.

Solange Frauen in zehnstündiger Arbeitszeit sich abrackern müssen, ohne genügend zu verdienen und daneben noch Vorkosten und Kinder zu versorgen haben — selbst schwangere Frauen — und solange Frauen gleich nach der Entbindung wieder arbeiten müssen, wird der Wille zur Mutterschaft in der arbeitenden Bevölkerung nicht allzustark vorhanden sein können, und nur Bevölkerungskreisen in kulturell zurückgebliebenen Gegenden und Leuten ohne viel Verantwortlichkeitsgefühl wird Frau Popelius die Wasserbütte zu empfehlen Veranlassung haben.

Deshalb sind und bleiben Ausbau des Arbeiterschutzes und Ausdehnung des Mutterschutzes, der Kinderfürsorge, Schulpflege, Wohnungshygiene und andere sozialpolitische Maßnahmen wichtige Voraussetzungen für eine gesunde Bevölkerungspolitik. Bis zu ihrer Verwirklichung werden in Arbeiterkreisen Bestrebungen wenig Erfolg haben, die stärkeren Willen zur Mutterschaft erreichen wollen.

In der jetzigen Zeit und in den ersten Jahren nach dem Kriege wird übrigens ganz besonderer Wert auf Gesunderhaltung der Kinder gelegt werden müssen, weil die Kriegsfolgen den Willen zur Mutterschaft in weiten Kreisen — nicht nur in der Arbeiterklasse — stark beeinträchtigt haben. Viele Frauen fürchten sich, in Rücksicht auf die unmittelbaren Kriegsfolgen, Kinder, vor allen Dingen Söhne, zur Welt zu bringen. Deshalb dürfte auch der vielfach gegebene Hinweis, daß der Staat Soldaten braucht, wenig geeignet sein, den Willen zur Mutterschaft zu fördern.

Diese Kriegswirkungen werden allerdings mit den Jahren weniger in Erscheinung treten. Jetzt und für die nächste Zeit üben sie zweifellos großen Einfluß aus. Um den Willen, Kinder zur Welt zu bringen, in der Bevölkerung und vor allen Dingen in ihrer zahlreichsten Schicht, der Arbeiterklasse, zu fördern, ist Sicherstellung der Glieder dieser Bevölkerung erste Vorbedingung. Hand in Hand mit zweckmäßigen Einrichtungen zur Gesunderhaltung des Nachwuchses und zur geistigen Hebung der

Arbeiterklasse, die ein Erkennen des ökonomischen Wertes einer wachsenden Bevölkerungsziffer ermöglicht, wird dann ein Erhalten und Mehreren der Volkskraft zu erreichen sein, an dem alle Bevölkerungskreise interessiert sind.

Teuerungszulagen.

In Leipzig haben wir durch eine schon seit längerer Zeit vorbereitete Umfrage aus 42 Buch- und Steindruckereien erschöpfende Antworten erhalten, daran 215 Kollegen beteiligt sind. Alle die Kollegen, die bei der Post, Straßenbahn, in der Metall- und Lederbranche usw. Kriegsarbeit verrichten, konnten wir hier nicht einfügen. Einzelne Anträge auf Teuerungszulagen fanden erst in den letzten 14 Tagen ihre Erledigung, sind daher in nachfolgender Tabelle nicht enthalten, sondern derselben und ihrer Erläuterung angefügt.

So h n t a b e l l e vom August—September 1915.

| Wochenlohn bei Kriegsausbruch: | Zulage erhalten: | | | Zulage abgelehnt: | |
|--|------------------|----------|-----------|-------------------|-----------|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| a) Wurden und drei invalide Männer; | | | | | |
| M. 13,00 | — | — | 1 | — | 1 |
| " 15,00 | 2 | — | — | — | 2 |
| " 16,00 | — | — | 1 | — | 1 |
| " 18,00 | 3 | — | 1 | — | 4 |
| " 18,00 | — | — | 3 | — | 3 |
| " 19,00 | 1 | — | — | — | 1 |
| " 20,00 | 1 | — | 3 | 2 | 6 |
| " 21,00 | 2 | 1 | 2 | — | 5 |
| " 22,00 | 1 | 1 | 2 | — | 4 |
| Wt. 603,50 | 10 | 2 | 18 | 2 | 27 |

Durchschnittslohn 18,84 M.

| M. | b) Männer über 21 Jahr: | | | | |
|---------------------|-------------------------|-----------|-----------|-----------|------------|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| M. 23,00 | — | 1 | 1 | — | 2 |
| " 24,00 | 3 | 5 | 7 | 1 | 16 |
| " 24,50 | 1 | — | — | — | 1 |
| " 25,00 | 15 | 6 | 10 | 8 | 34 |
| " 25,50 | 1 | 5 | — | — | 6 |
| " 26,00 | 12 | 9 | 8 | — | 24 |
| " 26,50 | 4 | 8 | — | — | 7 |
| " 27,00 | 14 | 10 | 8 | — | 33 |
| " 27,50 | 4 | 2 | 8 | — | 14 |
| " 28,00 | 11 | 2 | 8 | — | 16 |
| " 28,50 | 8 | — | — | — | 3 |
| " 29,00 | 8 | 1 | 1 | — | 5 |
| " 30,00 | 5 | 5 | — | — | 10 |
| " 30,50 | 1 | — | — | — | 1 |
| " 31,00 | 3 | — | — | 2 | 5 |
| " 31,50 | — | 1 | — | — | 1 |
| " 32,00 | — | — | — | 2 | 2 |
| " 33,00 | — | 4 | — | 1 | 5 |
| " 33,50 | — | — | — | 2 | 2 |
| " 35,00 | — | 1 | — | — | 1 |
| Wt. 5 067,00 | 80 | 66 | 42 | 11 | 188 |

Durchschnittslohn 26,95 M.

Die bescheidenen Erhöhungen der Wochenlöhne bis August ds. Jz. bewegten sich in folgenden Sätzen: An Lohnaufbesserung berichteten 4 Kollegen über je 0,50 M., 61 Kollegen über 1,00 M., 8 Kollegen 1,50 M., 8 Kollegen 2,00 M., 4 Kollegen 2,50 M., 3 Kollegen 3,00 M., 2 Kollegen 3,50 M., 1 Kollege 4,00 M. Bereits veröffentlichte monatliche Teuerungszulagen und noch bekannt zugehende sind von uns zum Wochenlohn nicht eingerechnet.

Die Rubrik 1 zeigt uns, welche Lohnsätze die Kollegen mit einer Zulage erreichen. Die Rubrik 2 zeigt, daß 55 ältere Kollegen und zwei obige ohne Zulage blieben, obwohl dieselben auch schon vor dem Kriege bei derselben Firma in Arbeit standen. Die Rubrik 3 beweist, daß es die neu eingestellten Kollegen verstanden haben, durch bessere Anfangslöhne sich ein wenig mehr Kriegskosten zu verschaffen, als dies früher möglich war. So mancher alte Herr Kollege, dem der Krieg die Lebensstellung immer noch nicht aus dem Kopf getrieben hat, muß sich vor seinen neuen Mitarbeiter bezüglich des Lohnes doch ein wenig verkrühen.

Die Lohnrubrik 4 über abgelehnte Vohnerhöhung sollte eigentlich in der Reihe 2 mit aufgehen, aber die ersteren 55 Kollegen hatten nicht den Mut, die Frage mit zu beantworten, ob sie an ihre Firma überhaupt einen Antrag um Aufbesserung gestellt haben. Diese Frage haben wir denn auch zumeist in den Zusammenkünften mit den Betroffenen geklärt.

Ueber Teuerungszulagen ab Oktober 1915 berichten nachträglich noch folgende Firmen:

Boback & Cie., Leipzig, gewährt monatlich 5,00 M. und für 1 Kind 1,00 M. extra. Die Leipziger Neueste Nachrichten bewilligten allen Hilfsarbeitern bis zum Jahreseinkommen von 2500 M. wöchentlich 1,00 M., drei langjährig Beschäftigte je 1,50 M.; über 2500 M. inkl. Ueberstunden beziehen 4 Kollegen. Die Firma R. Fiedenther bewilligte einem neu eingestellten Kollegen 1,50 M., den seit Kriegsausbruch Beschäftigten je 3,00 M. pro Woche. Die Firma Brandstetter bewilligte von 15 Hilfsarbeitern, die Teuerungszulage beantragt hatten, nur 3 Kollegen je 1,50 M. und 1 Kollege 1,00 M., alle anderen gingen leer aus. Es soll hierbei allerdings nicht unerwähnt bleiben, daß nach dem 1. Juli 1915 dieselben 15 Kollegen eine Lohnzulage erbeten haben, 10 Kollegen erhielten damals Zulagen und zwar 6 Kollegen je 1,00 M., 1 Kollege 1,50 M. und 8 Kollegen je 2,00 M. 5 Kollegen gingen leer aus. Durch diese Zulagen hatten einzelne Kollegen erst den Mindestlohn erreicht, der nach dem 1912 festgesetzten einseitigen Prinzipialtarif als Minimum gelten soll. Bis Juli 1915 hatten diese Kollegen Löhne von 23,00—29,00 M. Diesen letzten Lohnsatz hatte ein Kollege der 21 Jahre im Geschäft dort arbeitet. Die nächste Lohnstufe begann dann mit 26,00 M. und fand in Abstufungen von 50 Pfg. ihren niedrigsten Satz von 23,00 M. Die Kollegen hatten bei der außerordentlich drückenden Teuerung etwas mehr Entgegenkommen erwartet, denn die Dienstzeit dieser Antragsteller schwankt zwischen 2, 9, 17 und 21 Jahren, das Alter der Betroffenen beginnt mit 25 Jahren und steigt dann auf 32, 34, 38, 41, 44, 45 und 48 Jahre. — Als besonderer Mangel an Entgegenkommen wurde beklagt, daß bei nicht rechtzeitig angemeldeter Ueberarbeit, auch die 25 Pfg. für Abendrotenschädigung nicht gezahlt werden. — Es wird nichts helfen, bei noch längerer Kriegsdauer werden die Kollegen immer wieder herantreten müssen, die nichts bekommen haben, hoffentlich finden sie dann ein besseres Entgegenkommen; denn die sich mit der Zulage nicht zufrieden geben konnten, oder garnicht erhalten haben, sind gegangen. Die Mindesterschöpfung des Anfangslohnes betrug in anderen Betrieben 2,00 M. Männerhände sind jetzt rar, und wer da glaubt, den alten treuen Leuten mit mehr Zulage über diese unerhöht traurige Zeit nicht forthelfen zu können, der darf sich nicht wundern, wenn sie gehen, um anderweitig mehr zu verdienen.

In B a u z e n hat die Firma Wiegand ihrem Hilfspersonal folgende Kriegszulage bewilligt: Verheirateten männlichen mit Kindern 6,00 M. pro Monat, Verheirateten männlichen ohne Kindern 4,00 M. pro Monat, Frauen und Jugendlichen 3,00 M. pro Monat.

In Frankfurt a. M. hatte eine Versammlung beschlossen, eine Teuerungszulage zu beantragen. Am 1. November wurde über folgende Firmen berichtet: Frankfurter General-Anzeiger bezahlte an unsere verheiratete Kollegen 30,00 M., an die ledigen 15,00 M.; Frankfurter Neueste Nachrichten: Verheiratete erhielten eine wöchentliche Zulage von 2,00 M., die ledigen eine solche von 1,00 M., die Firma Siegel zahlte 10,00 M. an unsere Kollegen, Firma Siefert 4,00 M. monatlich. Voigt und Glaiber 1,00 und 2,00 M. pro Woche, die Firma Reiss eine wöchentliche Zulage von 1,00 M., die Firma Ruppert eine wöchentliche Zulage von 2,00 M., Mahlau und Waldschmidt eine wöchentliche Zulage von 2,00 M.

Ein großer Teil der Antworten steht noch aus, wir werden über weitere Zulagen, die in sicherer Aussicht stehen, laufend berichten.

Die Lebensmittelpreise nach den neuen Bundesratsverordnungen.

Von einem besonderen Mitarbeiter.

IK. Endlich hat nun doch die Regierung dazu gegriffen, auf dem Lebensmittelmarkt dem Umfang der Preistreibeerei zu steuern. Die Maßnahmen treffen im wesentlichen in ihrer Grundtendenz das Richtige; man könnte nur den einen Vorwurf erheben, sie kommen reichlich spät, ein früherer Eingriff hätte viel Erbitterung in der Bevölkerung erspart.

Die Einrichtung der Preisprüfungscommission für Lebensmittelpreise im Reichsamt des Innern, gebildet aus Parlamentariern aller Parteien mit Hinzuziehung der Händler, Vertreter der Städte und Konsumenten, sowie die städtischen Preisprüfungsstellen werden erst beweisen müssen, ob ihre Vorschläge nützlich sind und ihr Einfluß ausreicht, um umfassende Reformen anzuregen und durchzuführen. Es ist hier der erste Anlauf zu einem Nahrungsmittelamt mit seinen verzweigten Organisationen vorhanden, wie es von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag gefordert wurde.

Der Bundesrat hat sich zunächst der wichtigsten Frage, der Preisregelung für Butter, zugewandt. Gegenüber einer Preislage von 3,40 M. für das Pfund Butter in Berlin ist endlich der Widerstand gegen Höchstpreisfestsetzungen gebrochen worden und wir sind durch die Verordnung schließlich auf 2,55 M. für beste Tafelbutter gekommen. Ein Preis, noch reichlich hoch, aber doch ein erhebliches Abwärts gegenüber der unerhöht hohen Preislage. Dabei wird man nicht stehen bleiben können. Ist der Preis für Butter festgelegt, muß der für Milch und Käse folgen. Nicht minder wichtig ist das Verbot der Fettkäsebereitung, damit bei dem Rückzug der Milchherzeugung die zweckmäßigste Verwendung der Milch gesichert ist.

In der Kartoffelversorgung war die Gründung der Reichsstaroststelle durchaus zu begrüßen. Auch haben wir gleich darauf hinzuweisen, daß die Organisationen die notwendige Versorgung nicht bewältigen kann, weil ihr auf dem freien Markt die Kartoffeln nicht zur Verfügung stehen werden. Das Recht der Enteignung fehlte nicht in den Vollmachten, aber ehe die Organisation zur vollen Entfaltung kam, setzte die Kälte ein, ein schweres Hindernis in der Versorgung. Da wir aber nun zweifelhaft genügend Kartoffeln in diesem Jahre haben, so dürfte für den Konsumenten ein Ankauf für einen längeren Verbrauch nicht unbedingt notwendig sein, gegenwärtig umfassende Einkäufe würden nur einen Mangel an Kartoffeln auf dem Markte hervorrufen.

In der neuen Verordnung ist nun auch die Regierung dem Verlangen, daß der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei und die Generalcommission der Gewerkschaften in ihrer Eingabe an das Reichsamt des Innern geltend gemacht hatten, nachgekommen, indem sie allgemeine Höchstpreise für Produzenten und Handel festsetzte. Auch hier bedeutet der Preis von 4,05 M. bis 4,35 M. für den Zentner ein Abwärts gegen den bisherigen. Nur wird es ein wenig Kampf kosten, die genügenden Quantitäten Kartoffeln auf den Markt zu bringen. Hier darf die Regierung vor der entschiedenen Durchführung der Enteignung nicht zurückweichen.

Daß die Regierung ferner die Preise für Kartoffelmehl und Kartoffelflocken herabgesetzt und auch die Spirituszentrale genötigt hat, den Liter Spiritus von 65 Pfg. auf 45 Pfg. herabzusetzen, ist keine unbedeutliche Maßnahme.

Weniger befriedigt vorläufig die Verordnung, um im Fleischkonsum Ersparnis eintreten zu lassen. Eine Ersparnis von Fett und Fleisch in den Restaurants ist wohl mit der Absicht angeordnet, durch verminderten Gebrauch den Markt zu drücken und damit die Preisbildung nach unten zu beeinflussen. Es erscheint uns fraglich, ob die Wirkung erzielt wird. So groß wird der Gesamtverbrauch der Restaurationen nicht sein, daß die Marktlage wesentlich beeinflusst wird. Aber man wird grundsätzlich nichts gegen die Verordnung einwenden können. Wir nehmen an, daß hier erst bald eine Ergänzung eintritt, die auch für Vieh, Fleisch- und Fett-Höchstpreise festlegt.

Für Wild und Fische sind Höchstpreise bereits angeordnet, hier fällt den Gemeinden und Kommunalverbänden die Aufgabe zu, nach den Berliner Richtpreisen Abschläge vorzunehmen.

Die hohe Preislage für Wild hatte auch nicht die geringste Berechtigung; daß hier vorgegangen wird, ist freudig zu begrüßen.

Wir nehmen an, daß mit diesen Verordnungen die Regierung ihre weiteren Bemühungen nach der Richtung nicht einstellt. Von der Reichs-

getreidestelle wird bereits berichtet, daß der Preis für Gries von 85 Pfg. das Pfund auf 45 herabgesetzt wird. Wir erwarten, daß auch für Graupen, Hülsenfrüchte und Teigwaren erträgliche Preise festgesetzt werden.

Die Beweglichkeit in der Preisbewegung dadurch, daß Preisprüfungsstellen eingerichtet sind, die je nach Umständen die Preise ändern können, verdient den Vorzug gegenüber dem starren System der Preisfestsetzung, wie wir es bisher hatten. Auf den eingeschlagenen Weg können wir einen guten Schritt weiter kommen, denn Nahrungsmittel haben wir zur Verfügung, nur müssen sie der Preisstreberei entzogen werden. Da aber, wo die Bestände nicht für den bestbeigebenen Verbrauch ausreichen, schränkte man allgemein den Konsum ein und gestatte auch den Wohlhabenden nicht, durch größeren Einkauf diese Unannehmlichkeit abzuwehren. Hier hilft nur die Einteilung, wie wir es mit den Brotkarten beim Verbrauch des Getreides durchgeführt haben.

Treffen wir diese planmäßige Ordnung der Verteilung und der Konjunktion, dann kann der erwerbstätigen Bevölkerung die Lage sehr erleichtert werden, schwer genug bleibt sie dennoch.

Korrespondenzen.

Bericht über die Eingabe von Steuerungsulagen in Augsburg. Die Eingabe machten wir in den Firmen: Manz, Schwabische Volkszeitung und Burger.

Die Firma Manz gewährte ihrem Personal keine Zulage und gab uns keine Antwort.

Die Schwabische Volkszeitung teilte uns mit, daß sie nicht in der Lage sei, unserm Gesuch stattzugeben, die Firma macht sich zur Aufgabe, ihr Personal voll zu beschäftigen. (Wir erkennen den guten Willen der Firma.) Die Firma Burger (48 Mitgl.) gewährte nach einigen Verhandlungen sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen Zulagen und zwar für die weiblichen Lohnarbeiterinnen pro Woche 60 Pf., bei Akkordarbeiterinnen beträgt die Zulage ungefähr 1 Mk., männliche Lohnarbeiter erhielten ebenfalls 1 Mk.; die Zulagen der männlichen Akkord-Arbeiter betragen durchschnittlich 2 Mk.

Die Firma Kubele gab ihren Arbeiterinnen freiwillig eine Zulage von 50 Pfg. pro Woche.

Bei der Firma Fiel konnten wir mit Rücksicht auf die dortige schlechte Geschäftslage unserer Eingabe nichts einreichen, da die Arbeitszeit dort wegen mangelnder Aufträge verkürzt werden mußte.

Cottbus. In der am Mittwoch, den 3. d. M. abgehaltenen Mitgliederversammlung, welche besser besucht sein konnte, wurde beschlossen, für die Angehörigen unserer im Felde stehenden Kollegen eine Weihnachtspende von 5 Mk. durch freiwillige Sammlung von 10 Pfg. pro Woche und Mitglied aufzubringen, außerdem soll der Kollege ein Paket im Werte von 2 Mk. im Felde erhalten. Zu Punkt 2 befaßte sich die Versammlung mit Mißständen bei der Firma C. E. C. Es wird dort von den Anlegerinnen verlangt, von Seiten der Maschinenmeister, die Formen auszubinden und zu schließen. Eine Kollegin, welche damit beauftragt war, den Satz auszubinden, schmiß den Satz ein und wurde sofort entlassen. Als wir es dem Vorstand der Buchdrucker meldeten, wurde dieser Uebelstand nach 14 Tagen beseitigt. Zur Steuerungsulage lämen, wir berichten, daß in einigen bürgerlichen Betrieben etwas Zulage gewährt worden ist, aber nicht für sämtliches Personal, im Betriebe der Märkischen Volksstimme ist diese Angelegenheit auf 4 Wochen vertagt worden.

Nürnberg-Gürth. Einen in Anbetracht der kriegerischen Zeit guten Besuch hatte unsere am 27. Oktober stattgehabene Mitgliederversammlung aufzuweisen. Nach Ehrung zweier verstorbener Mitglieder, der Kollegin Sticht und des im Westen gefallenen Kollegen Wagner, die beide jahrelang der Organisation angehörten, wurde der Geschäfts- und Kassenbericht für das 3. Quartal entgegen genommen. Der Geschäftsgang im Buchdruck hat sich gebessert, während diese im Steindruck noch keine wesentliche Belebung aufweist. Das Hilfspersonal der letztgenannten Branche hat sich zum größten Teil anderen Industrien zugewandt, eine Verschiebung, die zahlenmäßig nachgewiesen wurde und den Beweis lieferte, daß das Gros unserer Mitglieder zur Zeit

betriebsfremd ist. Wenn unter solchen Umständen eine planmäßige Agitation nicht entfaltet werden kann, so ist dies begreiflich. Zimmerhinz waren wir stets bemüht, die Mitglieder über alle Vorgänge zu unterrichten. Die Bestrebungen der Mitglieder, durch Erreichung von Steuerungsulagen, einen Ausgleich für die erhöhten Kosten der Lebenshaltung herzustellen, fand tatkräftige Unterstützung. Leider stand der Erfolg in keinem Verhältnis zu der dringenden Notwendigkeit. In einer Sitzung mit den Buchdruckern und mit den im Graphischen Kartell vereinigten übrigen Verbänden leisteten wertvolle Vorarbeit für die uns alle tief berührenden Fragen der Wiederbelebung der Agitation nach dem Kriege und der Abwehr von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Trotz aller Zuversicht sind wir nicht genug Optimisten, um anzunehmen, daß wir dann herrlichen Zeiten entgegengehen. Der Kassenbericht zeigte das übliche Bild von den verhältnismäßig hohen Beträgen für Unterstützungsätze, die 564 Mark erforderten. Auch die Lokalkasse schmolz durch die lange Kriegsdauer stark zusammen, ihr jetziger Bestand beträgt noch 374 Mark. Der weitere Verlauf der Versammlung brachte uns einen belehrenden Vortrag über das Thema: „Weltkrieg und Teuerung.“ Unter Hinweis auf die Kriegswirkungen in früherer Zeit, die bei dem damaligen Stande des Verkehrswezens und der öffentlichen Gesundheitspflege, Hungerstnot und Epidemien im Gefolge hatten, besprach Kollege Kelling die Maßnahmen, die zur Lebensmittelversorgung getroffen und irrtümlicherweise vielfach als Kriegszionismus bezeichnet wurden. Die Teuerung, die als internationale Erscheinung bei Kriegsbeginn auftrat, steigerte sich durch die Unterbindung der Zufuhr aus den feindlichen Ländern und infolge der Blockade Deutschlands zur Bewucherung der Bevölkerung, in die sich Produzenten und Spekulanten im trauten Vereintreten. An verschiedenen Beispielen wurde nachgewiesen, wie bei den notwendigen Nahrungsmitteln die unfinnigsten Preistreiberbereiten einsetzten. Die behördlichen Erlasse, soweit sie nicht zu spät in Kraft traten, zeugten zwar vom guten Willen der Reichsregierung, diese Mißstände abzuheben, was nicht gelungen ist. Der Krieg soll uns als Lehrmeister dienen, und dann werden wir verstehen lernen, daß neben der gewerkschaftlichen und politischen Betätigung auch der genossenschaftlichen Organisation erhöhte Bedeutung beigelegt werden muß, denn die Selbsthilfe ist das beste Mittel und wir werden sie uns schaffen.

Rundschau.

Familienunterstützung und Hinterbliebenenrente. Das „Reichsgesetzblatt“ veröffentlicht die folgende, für die Hinterbliebenen gefallener Krieger wichtige Bestimmung, die mit dem 20. Oktober in Kraft tritt: „Die Familienunterstützung wird während dreier Monate über den Zeitpunkt hinaus, von dem an die den Hinterbliebenen auf Grund des Gesetzes vom 17. Mai 1907 (Reichsgesetzblatt S. 214) zu zahlenden Hinterbliebenenbezüge zuständig sind, weiter gewährt. Etwa darüber hinaus gezahlte Familienunterstützungen gelten als Vorschußzahlungen auf die Hinterbliebenenbezüge und sind bei deren Auszahlung einzubehalten.“ Demnach erhalten die Hinterbliebenen neben der Hinterbliebenenrente auch noch drei Monate lang die Familienunterstützung.

Kündigung der Wohnung Gefallener. Den Schutz der Hinterbliebenen Gefallener gegen unbillig denkende Hausbesitzer bezweckt eine Bundesratsverordnung, welche die Erben des Mieters ermächtigt, das Mietverhältnis trotz entgegenstehender Frist zum ersten zulässigen Termin zu kündigen, wenn der Tod des Mieters infolge seiner Teilnahme am Kriege eingetreten war. Dieselbe Befugnis ist der Witwe des Kriegsteilnehmers eingeräumt, die den Mietvertrag mit abgeschlossen hatte. Sind neben ihr Erben vorhanden, so kann das Kündigungsrecht nur gemeinschaftlich von der Witwe und den Erben ausgeübt werden. Um die Interessen der Vermieter zu wahren und zu verhüten, daß eine vorzeitige Lösung des Mietverhältnisses auch da Platz greift, wo dies sachlich nicht gerechtfertigt ist, gibt die Verordnung dem Vermieter das Recht, binnen einer Woche bei dem Amtsgericht gegen die Kündigung Widerspruch zu erheben. Das Gericht entscheidet dann unter billiger Abwägung der Umstände in einem einfachen und beschleunigten Verfahren darüber, ob die Kündigung wirksam ist. Dabei ist es Sache der Hinterbliebenen, die Gründe ihres Abgehens von Verträge zu rechtfertigen. Kann im Einzelfalle

nicht angenommen werden, daß ihnen die Fortsetzung des Mietverhältnisses einen unverhältnismäßigen Nachteil bringen würde, so ist die Kündigung vom Gericht für unwirksam zu erklären. Die Verordnung findet auch Anwendung, wenn der Kriegsteilnehmer bereits vor ihrem Inkrafttreten gestorben war; die Kündigung der Hinterbliebenen kann in diesem Falle für den ersten zulässigen Termin nach dem Inkrafttreten erfolgen.

Preisaus schreiben für einen Armerfah. Der Verein deutscher Ingenieure hat 15 000 Mk. an Preisen (erster Preis 10 000 Mk.) für einen Armerfah ausgeschrieben, der es ermöglicht, viele Tätigkeiten innerhalb der mechanischen Industrie auszuüben. Zur Beteiligung an dem Ausschreiben sind alle Kreise eingeladen. Auch schon vorhandene Konstruktionen sind vom Wettbewerb nicht ausgeschlossen. Die gebrauchsfähige Konstruktion — Modell oder Zeichnung genügt nicht — ist bis zum 1. Februar 1916 an den Verein deutscher Ingenieure, Berlin NW 7, Sommerstraße 4a, zu senden. Von dieser Stelle können auch die näheren Bedingungen kostenlos eingefordert werden.

Ehren- Tafel

für unsere im Felde gefallenen Kollegen.

Den Tod auf dem Schlachtfelde haben von unseren Kollegen erlitten:

Emil Schulze,

Bogensänger (Germ. Rodow), geboren am 17. November 1886, gefallen am 24. Juni 1915 in Rußland;

Georg Dornemann,

Hilfsarbeiter (Reichsdruckerei), gefallen am 27. August 1915 in Rußland;

Georg Külle,

Falzer (Wüstein & Co.), geb. am 9. Januar 1886, gefallen am 10. September 1915 in Rußland;

Max Schreiber,

Rotationsarbeiter (Aug. Scherl), geboren am 8. Oktober 1886, gefallen am 11. September in Rußland;

Wilhelm Schönberg,

Falzer (Aug. Scherl), geboren am 26. März 1882, gefallen am 16. September 1915 in Rußland;

Otto Wagner,

Anleger (R. Mosse), geboren am 22. April 1880, gefallen am 26. September 1915 in Rußland;

Dawald Rix,

Rotationsarbeiter (R. Mosse), geboren am 22. November 1884, gefallen am 21. September 1915 in Rußland;

Willi Siegmund,

Saalarbeiter (Willi Simon), geboren am 24. Juni 1898, gefallen am 27. September 1915 in Frankreich;

Gustav Heinze,

Rotationsarbeiter (B. Bagenstein), geboren am 12. Februar 1892, gefallen im Oktober in Rußland.

Irih Akley,

Rotationsarbeiter (Sempel & Co.), geboren am 1. Januar 1896, gefallen am 14. Oktober in Serbien.

Karl Hoffmann,

Falzer (Aug. Scherl), geboren am 20. September 1890, gefallen am 17. Oktober in Frankreich.

Gustav Kroll,

Hilfsarbeiter (Rob. Winkelmann), geboren am 26. März 1886, gefallen am 17. Oktober 1915 in Rußland.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen die Bahnhalle Berlin.